



NEWSLETTER, JANUAR 2020

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
sehr geehrte Damen und Herren und Interessierte,

Fracking bleibt in Schleswig-Holstein weiterhin erlaubt!

Am 06.12.2019 hat das Landesverfassungsgericht die Unzulässigkeit des von der Volksinitiative zum Schutz des Wassers geforderten Verbots von Fracking und dem Verpressen von Lagerstättenwasser im Landeswassergesetz bekannt geben. Fracking kann damit in Schleswig-Holstein nicht verboten werden, allerdings können wir Fracking verhindern. So haben wir es bereits seit 2013 erfolgreich geschafft, alle neuen Fracking-Vorhaben in Schleswig-Holstein zu stoppen. Allerdings war dieser Weg mühsam und teuer.

Deshalb benötigen wir Spenden: <https://www.keinco2endlager.de/spenden/>

Damit steigt die Bedeutung des Volksbegehrens zum Schutz des Wassers weiter, denn wir brauchen Transparenz, um effektiv und frühzeitig Fracking verhindern zu können.

Wie beim Start des Volksbegehrens kommuniziert, hat die zweite Phase des Volksbegehrens gestartet.

WIR WOLLEN TRANSPARENZ!

Transparenz setzt bei neuen Anträgen auf Ölförderung der bisherigen Praxis ein Ende, Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen einen höheren Stellenwert einzuräumen, als dem Leben und der Gesundheit der Menschen in Schleswig-Holstein. Dies würde endlich erlauben, über Fracking-Vorhaben und die damit verbundenen Gefahrenstoffe zu informieren, worauf Feuerwehr, Ärzte und Krankenhäuser im Katastrophenfall dringend angewiesen sind.

-

5 Unterschriften

Daher bitte ich Sie/Dich heute darum, das angehängte Formular auszudrucken, 5 Unterschriften selber zu sammeln und dieses Schreiben mit der Bitte um Unterstützung an 5 weitere Personen aus Schleswig-Holstein zu schicken. Unterschriftsberechtigt sind alle deutschen Staatsbürger ab 16 Jahren, die seit mindestens 6 Wochen in SH gemeldet sind.

Alle Schleswig-Holsteiner*innen können mit ihrer Unterstützung des Volksbegehrens darüber entscheiden, ob in Zukunft Leben und Gesundheit wichtiger sind als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse.

Die Unterschriften können sowohl auf Ämtern und Rathäusern abgegeben, als auch unter <https://vi-wasser.de/> heruntergeladen, ausgedruckt und an die angegebene Adresse geschickt werden. Unter dieser Internetadresse gibt es auch umfassende Informationen und einen Rathausfinder <https://www.rathausfinder.de/1204/search/> für Sammelstellen für Unterschriften.

Weitere Informationen und Möglichkeiten mitzuhelfen finden sich unter: <https://vi-wasser.de/>

Für das Volksbegehren benötigen wir Spenden! <https://www.keinco2endlager.de/spenden/>

WintershallDea bekommt die Probleme nicht in den Griff

Erneut ist es auf einem Betriebsplatz der WintershallDea zu einem Unfall gekommen, bei dem Nassöl, ein Gemisch aus Rohöl und Lagerstättenwasser, ausgetreten ist. Auf dem Förderplatz der Erdölbohrung Emlichheim 85 ist es in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch zu einem Austritt von Nassöl gekommen. Grund für den Austritt ist nach Angaben von WintershallDea eine abgerissene Leitung am Bohrlochkopf.

<https://wintershalldea.de/de/newsroom/austritt-von-nassoel>

WintershallDea ist diese Jahr, wie auch in der Vergangenheit, wiederholt durch Unfälle aufgefallen, darunter dem vermutlich größten Verlust an Lagerstättenwasser in Deutschland. Trotzdem plant WintershallDea derzeit neue Ölbohrungen unterhalb des Weltnaturerbes Wattenmeer, das damit stark gefährdet würde. Die Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager hält das Vorhaben für unzulässig und unverantwortlich und hat Minister Albrecht als zuständiger Genehmigungsbehörde in einem offenen Brief detailliert dargelegt, warum die Anträge auf neue Ölbohrungen im Weltnaturerbe Wattenmeer abgelehnt werden müssen. <https://www.keinco2endlager.de/offener-brief-an-min-albrecht-geplante-neu-bohrung-nach-erdoel-im-weltnaturerbe-wattenmeer/>

Altmaier will CCS

Als gäbe es nicht schon genügend Gefahren für die Nordsee und das Weltnaturerbe Wattenmeer, soll jetzt auch noch in großem Stil Kohlendioxid in ausgeförderte Erdgasfeldern endgelagert werden. Blowouts sind zu erwarten, da die Gasfelder von tausenden Altbohrungen durchlöchert sind und es alleine zwischen 1980 und 2004 insgesamt 84 Blowouts in der britischen und norwegischen Nordsee gab. (Sintef offshore blowout database) Zuletzt wurde 2012 von einem großen Blowout im Elgin Feld in der Nordsee berichtet.

Obwohl die Abscheidung und Endlagerung von Kohlendioxid (CCS) in Deutschland zur Zeit unzulässig ist, will Bundeswirtschaftsminister Altmaier diese Risikotechnologie fördern, statt gezielt Alternativen zu erarbeiten oder weiter zu entwickeln. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/industriestrategie-2030.pdf?__blob=publicationFile

Nachdem CCS als Rechtfertigung neuer Kohlekraftwerke insbesondere durch den Widerstand der Gemeinden, der Bürger und der Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager gestoppt werden konnte,

soll die Errichtung von Kohlendioxidendlagern jetzt mit „unvermeidbaren industriellen CO₂-Emissionen“ begründet werden. Insbesondere in der Metall-, Chemie- und der mineralischen Industrie soll es angeblich teilweise keine Alternativen geben. Für diese Behauptung, die insbesondere für die Metall- und Chemieindustrie nachweislich falsch ist, liefert der Minister keinen Beweis. Auch für die mineralische Industrie, insbesondere die Bauwirtschaft, gibt es jetzt schon viele Alternativen. Welche mineralischen Prozesse nicht CO₂-neutral gestaltet werden können, ist derzeit völlig unklar. Hier wären die Fördergelder besser angelegt, als den bisher rund 4 Mrd. Euro Subventionen für CCS in Europa trotz nachgewiesenen Scheiterns dieser Technik noch weitere staatliche Mittel hinzuzufügen. Das wird durch eine Stellungnahme des europäischen Rechnungshofs zu den gescheiterten NER 300-Programmen bestätigt, in der die Effektivität des seit 2009 laufenden Programms zur Förderung von CCS bewertet wurde.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=47082>

Wir wünschen allen Mitstreitern eine besinnliche Weihnachtszeit und ein gutes Neues Jahr.

Der Vorstand

Nur gemeinsam sind wir stark im Widerstand gegen CO₂-Endlager und Fracking. Bitte unterstützen Sie uns! Wir waren bisher sehr erfolgreich, dürfen aber nicht nachlassen!

V.i.S.d.P.: Dr. Reinhard Knof

Spendenaufruf:

Wenn jeder nur 12 Euro im Jahr gäbe, würde es unsere Arbeit sehr erleichtern.

Für unsere Arbeit, wie z.B. den Druck von Plakaten, Unterschriftenlisten und Flyern und laufende Kosten benötigen wir neben unserem ehrenamtlichen Engagement auch Geld.

Wir bitten deshalb um Spenden, die bis zu einer Höhe von 200 Euro durch den Überweisungsbeleg direkt steuerlich geltend gemacht werden können. Für höhere Summen erstellen wir eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt. Überweisungen bitte auf das hier angegebene Konto oder PayPal der als gemeinnützig anerkannten Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager e.V. tätigen.

<https://www.keinco2endlager.de/spenden/>